

# Die kommunalpolitische Arbeit in der Tschechoslowakei

Autor(en): **Belina, Josef**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Rote Revue : sozialistische Monatsschrift**

Band (Jahr): **7 (1927-1928)**

Heft 8

PDF erstellt am: **13.09.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-329675>

## **Nutzungsbedingungen**

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

## **Haftungsausschluss**

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

liegt keinem Zweifel, gerade das russische Beispiel lehrt uns das: Alles wird in der Zeit des Uebergangs zur sozialistischen Gesellschaftsordnung davon abhängen, daß die sozialisierten Betriebe leistungsfähiger sind als ihre privatkapitalistische Konkurrenz. In Wien hat sich die so viel gelästerte Betriebsführung durch die öffentliche Hand auf das glänzendste bewährt. Daß die Sozialdemokratie solches leisten kann, darin liegt die große werbende Kraft des roten Wien und seine eigentliche Bedeutung, die weit hinausreicht über die Grenzen des kleinen Oesterreichs.

---

## Die kommunalpolitische Arbeit in der Tschechoslowakei.

Von Josef Belina, Prag.

Im alten Oesterreich war die Arbeiterschaft in den Gemeinden rechtlos. Erst wenige Jahre vor Kriegsausbruch wurde für die Städte Wien, Linz, Graz und Brünn eine vierte Kurie eingeführt, in der auch die Arbeiter das Wahlrecht in beschränktem Ausmaße hatten, die übrigen Städte, darunter auch Prag, wurden nur von den Angehörigen der besitzenden Stände verwaltet.

Der Umsturz brachte erst das allgemeine und gleiche Wahlrecht für alle Männer und Frauen über 21 Jahre; es wurden zunächst Vertreter der Arbeiterschaft in die Gemeindevertretungen kooptiert, bis dann die ersten Wahlen im Jahre 1919 einen glanzvollen Sieg der Sozialdemokratie brachten, an dem sowohl die tschechoslowakischen wie die deutschen Genossen teilhaben konnten. Zahlreiche Städte und Orte gingen nunmehr in sozialdemokratische Verwaltung über. Es war aber kein freudiges Arbeiten. Die bürgerlichen Stadtverwaltungen hatten das Gemeindevermögen meist in Kriegsanleihen umgefekt, die nunmehr im neuen Staate wertlos waren; von irgendeiner Tätigkeit auf sozialem Gebiete war kaum etwas zu verspüren; es bestanden nur die Noteinrichtungen, welche der Krieg erforderlich gemacht hatte.

Es war sohin eine doppelte Arbeit, welche auf den sozialistischen Gemeindeverwaltungen lastete. Sie hatten mit der Zerrüttung der Gemeindefinanzen, sohin mit gewaltigen geldlichen Schwierigkeiten zu kämpfen und sie hatten andererseits die Aufgabe, wenigstens die wichtigsten sozialpolitischen Probleme zu lösen.

Dazu gehörte in erster Linie das **Wohnungsproblem**. Auf diesem Gebiete hat in der ganzen Republik wohl am hervorragendsten die deutsche Stadt **Außig** gearbeitet, die mit ihren 40,000 Einwohnern sehr beachtliche Ergebnisse aufzuweisen hat. Während der vierjährigen Periode 1919 bis 1923, wo die deutschen Sozialdemokraten die Mehrheit in der Gemeindevertretung hatten, wurden 22 dreistöckige Wohnhäuser mit 248 Wohnungen und 696 Wohnräumen gebaut, was einen Bauaufwand von über 25 Millionen Kronen verursachte. Besonderes Augen-

merk wurde auch der Grundpolitik der Stadtgemeinde gewidmet, so wurden 1919 bis 1923 durch die Stadt insgesamt 221,635 Quadratmeter Grund angekauft, was auch seither eine erhebliche Bauförderung seitens der Stadt ermöglichte. An Genossenschaften wurde zum Beispiel Grund entweder umsonst oder sehr billig abgegeben; in den letzten Jahren ver- gibt die Stadt Baugründe im Baurecht, wobei die Preissumme des Bodens steigend mit 2 bis 4 Prozent verzinsbar ist. Die Baurechts- verträge werden auf 90 Jahre abgeschlossen.

Wie wichtig gerade eine vorausschauende Grundpolitik der Ge- meinde für das Bauwesen ist, ersieht man am besten an dem Beispiel von P r a g, das im Laufe weniger Jahre seine Bevölkerung um mehr als 50 Prozent steigerte (von rund 450,000 auf rund 700,000), ohne selbst für entsprechende Wohnungsmöglichkeiten sorgen zu können. Es wurden bisher von der Hauptstadt, die unter tschechisch-nationalsozialistischer Ver- waltung steht und wo unsere Genossen nur einen beschränkten Einfluß ausüben können, erst 4860 Wohnungen, und das meist Notwohnungen, mit einem, höchstens zwei Räumen (Zimmer und Küche) gebaut, so daß nur etwa 7000 Wohnräume gewonnen wurden. Im Verhältnis zur Stadt A u ß i g hat also Prag nur etwa zehnmal soviel gebaut, obzwar es etwa achtzehnmal mehr Einwohner hat. Da die Stadt auch kaum über eigene Gründe verfügt, ist sie bei der Erteilung des Baurechtes außer- ordentlich beschränkt; es wurden im Baurecht erst etwa 80 Häuser mit je Zimmer und Küche gebaut, die auf 50,000 Kc zu stehen kommen und nach Anzahlung von 5000 Kc in jährlichen Annuitäten durch den Inhaber abbezahlt werden. Der Grund wird ihm ebenfalls auf 90 Jahre überlassen.

Die Stadt P i l s e n, die seit dem Umsturze in sozialdemokratischer Verwaltung steht, hat demgegenüber seit 1920 insgesamt 48 Neubauten mit 1162 Wohnungen und 1838 Wohnräumen erstellt, wozu ein Aufwand von 38 Millionen Kc nötig war, ferner wurden etwa 2000 Not- wohnungen für Delogierte usw. mit einem Aufwand von rund 40 Mil- lionen Kc erbaut.

Die wichtigste Aufgabe war jedoch unzweifelhaft die Schaffung und der Ausbau entsprechender s o z i a l p o l i t i s c h e r E i n r i c h t u n g e n. Die bürgerlichen Gemeindeverwaltungen hatten begreiflicherweise für dieses Feld kommunaler Tätigkeit nicht das geringste Verständnis. Ein wenig Armenpflege, die als Almosen gewährt wurde, war alles, was auf diesem Gebiete vorgefunden wurde. Die Stadtgemeinden errichteten besondere Wohlfahrts- oder Fürsorgeämter, deren Tätigkeit natürlich je nach der Zusammensetzung der Gemeindevertretungen durchaus ver- schieden ist. In den von Bauern beherrschten Dorfgemeinden ist heute noch der Dorfarme ein bedauernswertes Wesen. In den Städten mit sozialistischer Verwaltung dagegen wird mit allem Eifer gearbeitet, um allmählich eine entsprechende soziale Fürsorge zu erreichen. Die Stadt P i l s e n, bekannt durch die großen Skodawerke und ihre Brauereien, widmet zum Beispiel von ihrem einschließlich der Gemeindebetriebe 85 Millionen betragenden Budget jährlich rund 7,5 Millionen für das

Gesundheitswesen und 3,5 Millionen für die soziale Fürsorge, in Schweizerfranken also nahezu 2 Millionen, was für eine Stadt in der ungefähren Größe Berns sicherlich ein erheblicher Betrag ist.

In ganz hervorragender Weise geht jetzt die Stadt Prag an eine Zentralisierung des Fürsorgewesens, indem sie eine gewaltige Zentralversorgungsanstalt errichtet, welche 2800 Personen Raum bieten soll. Für 1000 alleinstehende alte Männer und Frauen sowie für 200 alte Ehepaare wird Unterkunft geschaffen, ferner für 800 Kranke und 600 Kinder. Die Anstalt wird aus 22 selbständigen, mit allen modernen Errungenschaften ausgestatteten Gebäuden bestehen; sie befindet sich außerhalb der Stadt in der Nähe großer Wälder. Sie ist im Rohbau bereits fertig und soll zur Feier des zehnjährigen Bestandes der Republik eröffnet werden. Damit wird zweifellos ein gewaltiges Werk geschaffen, welches die Not der Armen, die bisher durchschnittlich 42 Kc, also 6,5 Schweizerfranken monatlich als Armenunterstützung erhielten, für einen Teil erheblich mildern wird. Allerdings wird von den 6500 Unterstützungsempfängern höchstens ein Viertel Aufnahme finden können, so daß noch viel Arbeit zu leisten übrig bleibt. Prag leistet an soziale Zwecke jährlich über 47 Millionen, also rund 7,5 Millionen Schweizerfranken bei einem Gesamtbudget von rund 450 Millionen. In Prag ist besonders viel an sozialer Fürsorge nachzuholen, da die Stadt bis zum Jahre 1920 in sechs selbständige Gemeinden zerfiel, in denen eine einheitliche Sozialfürsorge überhaupt nicht möglich war, andererseits auch die einzelnen Städte keineswegs besondere Anstrengungen unternahmen. Wenn nun Prag allmählich doch zu einer den heutigen Bedürfnissen entsprechenden sozialen Fürsorge kommt, so ist das in erster Linie dem Druck der Sozialdemokraten zuzuschreiben, welche sich besonders dieses Ressorts auf das wärmste annahmen.

Ein weiteres wichtiges Problem war das Schulwesen. Hier spielten besonders im gemischten Sprachgebiet die nationalen Verhältnisse eine gewaltige Rolle. In krasser Weise trat das in Mährisch-Ostrau und Wittkowitz, dem industriereichsten Gebiet der Republik, zum Ausdruck. Dort beherrschten einige Menschen ganze Städte. Heute noch sind zum Beispiel die großen Eisenwerke in Wittkowitz mit rund 18,000 Arbeitern Familieneigentum der Familie Guttman-Rothschild. Die Germanisierungstendenzen führten dazu, daß viele tschechische Kinder in deutsche Schulen gingen; nach dem Umsturz leerten sich binnen weniger Tage die deutschen Schulen um nahezu zwei Drittel, während die vorhandenen tschechischen Schulen nicht ausreichten. Es bedurfte gewaltiger Arbeit, hier Ordnung zu schaffen. Durch die Bildung einer Gemeinde Groß-Ostrau mit über 100,000 Einwohnern gelang es, eine Konzentration herbeizuführen. Die Stadt steht unter sozialdemokratischer Verwaltung und hat die Frage in durchaus zweckmäßiger Form gelöst: im Schuljahr 1927/28 zum Beispiel bestehen 30 tschechische Volksschulen mit 167 Klassen und 6655 Kindern, so daß auf eine Klasse 39 Schüler entfallen, ferner 11 deutsche Volksschulen mit 38 Klassen und 1377 Schülern, so daß auf eine Klasse 36 Schüler kommen.

Hefrige Kämpfe mußten mit den Bürgerlichen um das Prinzip der *Vernfreiheit* geführt werden. Es ist klar, daß sozialdemokratische Gemeindeverwaltungen dort, wo sie die Möglichkeit dazu hatten, in den von ihnen verwalteten Mittelschulen das Schulgeld besonders für die besitzlosen Kreise ermäßigten oder beseitigten; sie führten aber auch das Prinzip der unentgeltlichen Lehrmittelabgabe ein. Es war einem Universitätsprofessor, dem derzeitigen Finanzminister Dr. Englisch, vorbehalten, den Gemeinden den Rat zu geben, sie sollten von den Besitzenden auch in der Volksschule Schulgeld einheben, nachdem er ihnen durch ein besonderes Gesetz die Einhebung besonderer Schulsteuern untersagt hatte.

Die Sozialdemokraten haben sich natürlich auch überall für das *Volkswesen* eingesetzt. Die städtischen Theater wurden in weitgehendstem Maße subventioniert, ebenso das allgemeine Volkswesen. Ein besonderes Gesetz zwingt die Gemeinden zur Errichtung von Gemeindebildungsausschüssen sowie zur Errichtung von Gemeindebüchereien. Hier besitzt *Außig*, die größte Industriestadt im deutschen Sprachgebiet der Republik, eine auch im Ausland berühmte Stadtbibliothek. Die Stadt *Prag* geht eben daran, eine gewaltige Bibliothek zu errichten, die etwa eine Million Bände umfassen soll und damit zu den größten Bibliotheken Europas zählen wird.

Nennen wir noch die Frage der städtischen Betriebe, wo sehr oft um das Prinzip der Eigenregie mit den Bürgerlichen heftige Kämpfe auszufechten waren, nachdem das Bürgertum am liebsten Elektrizitäts- und Gaswerke, Straßenbahnen, städtische Theater, städtische Bauten, Meierhöfe usw. privaten Unternehmern ausliefern möchte. Dort, wo auch nach den Wahlen im Jahre 1923 die Kraft der Sozialdemokratie ausreichte, wie in *Pilsen*, *Mährisch-Osttau*, *Außig* und *Prag*, konnten nennenswerte Schäden vermieden werden, und die bisherigen Erfolge beweisen, daß auch sozialdemokratisch verwaltete Gemeinden durchaus zu wirtschaften verstehen. Wenn zum Beispiel allein die Stadt *Pilsen* für den Ausbau ihrer Betriebe seit dem Jahre 1920 über 130 Millionen, also rund 20 Millionen Franken, die Stadt *Außig* 1919 bis 1922 über 10 Millionen Kronen ausgegeben hat, wobei sich auch diese Investitionen durchaus rentieren, so sind das Summen, die sich schon sehen lassen können.

Der gegenwärtige politische Kurs in der Tschechoslowakei ist nun freilich der Selbstverwaltung nicht günstig. In der Tendenz, die öffentliche Steuerbelastung möglichst herabzusetzen, ohne daß der Staat seine militärischen Ausgaben usw. verringern müßte, hat die gegenwärtige tschechisch-deutsche Bürgerblockregierung ein Gemeindefinanzgesetz beschlossen, welches es den Gemeinden verbietet, höhere Gemeindezuschläge als 200 Prozent einzuheben. Der durchschnittliche Zuschlag betrug aber bisher in *Böhmen* 526 Prozent, in *Mähren* und *Schlesien* gar 559 Prozent. Die Gemeinden dürfen ferner in Zukunft keine besonderen Schulumlagen einheben, es entfällt ihr Anteil an der Warenumsatzsteuer usw., so daß bei mäßigster Berechnung ein Einnahmehausfall von einem Drittel

entsteht. Zwar hat der Staat einen „Ausgleichsfonds“ geschaffen, aus welchem jenen Gemeinden, die mit ihren Steuerumlagen nicht auskommen, Zuschüsse gewährt werden sollen, doch ist dieser etwas über eine Milliarde betragende Fonds viel zu gering, so daß die begründete Befürchtung entsteht, daß es in erster Linie die sozialen Ausgaben sein werden, welche infolge der scharfen staatlichen Finanzzensur der Gemeinden geschmälert werden. Wie einseitig das Finanzministerium vorgeht, möge die Tatsache beweisen, daß es zum Beispiel der Stadt Prag die Einhebung einer Abgabe von unverbauten Grundstücken, einer Wohnbauabgabe, einer Abgabe der Angehörigen der Kirchen zur Deckung der Kultusausgaben (die von den Gemeinden auf Grund uralter Patronatsrechte getragen werden müssen) verbot, eine Wertzuwachsabgabe für Immobilien von 25 auf 5 Prozent reduzierte usw.

Dieses Gemeindefinanzgesetz, das in Verbindung mit der Verwaltungsreform, die am 1. Juli dieses Jahres in Kraft tritt, eine gewaltige Einschränkung der finanziellen Selbstverwaltung der Gemeinden bringt, die bisher bestandene Selbstverwaltung der Bezirke als zweite Verwaltungsinanz in Gemeindefachen der Bureaukratie ausliefert, wird die Gemeinden vor schwere Probleme stellen. Die Ausarbeitung der Gemeindevoranschläge für das Jahr 1928 hat sich fast überall im Gegensatz zu früheren Jahren in den verschiedenen, auch in den mehrheitlich bürgerlich besetzten Gemeindestuben durchaus ruhig gestaltet. Die Bürgerlichen nahmen fast alle Anträge der Sozialdemokraten auf dem Gebiete der Sozialfürsorge, des Wohnungs-, Schulwesens usw. an, da ja die Einnahmen der Gemeinden durch die Begrenzung des Steuerzuschlages zur Staatssteuer gegeben sind und für Mehrausgaben um Deckung durch den Ausgleichsfonds angesucht werden muß. Es ist einfach ein Kampf der Bürgermeister und Gemeindevertreter gegen das Finanzministerium, der in dieser Form geführt wird, wobei aber das arme Pflänzchen der sozialen Fürsorge für längere Zeit das Opfer sein wird. Ob sich das Gesetz halten kann, ist fraglich. Sollen die Gemeinden ihre zahlreichen Nachkriegsaufgaben erfüllen, so wird es ehe baldigst verschwinden müssen, und in diesem Sinne haben sich auch alle Verbände der Selbstverwaltungskörper, sowohl die tschechischen wie die deutschen, geäußert. Solange aber die politischen Machtverhältnisse im Staate nicht andere geworden sind, ist die Aussicht auf einen Erfolg nicht eben die größte.

So kann resümierend gesagt werden, daß die Sozialdemokratie in der Tschechoslowakei auf dem Gebiete der Kommunalpolitik 1919 bis 1923 einen erheblichen Einfluß besaß und ihn auch im Sinne einer fortschrittlichen Kommunalpolitik ausnützte, daß sie dann durch die Spaltung anläßlich der Wahlen 1923 einen Rückschlag erlitt, der manchen ihrer Erfolge wieder beseitigte, daß aber die Herbstwahlen des Jahres 1927 wieder eine Stärkung herbeiführten, die nun im Sinne sozialistischer Kommunalarbeit ausgenützt wird. Können trotzdem nicht solche Erfolge erzielt werden, wie sie vielleicht anderwärts erreicht werden, so ist das durch die politische Reaktion im Staate verschuldet, die im Interesse der Steuererschonung der Besitzenden alles daransetzt, die Tätigkeit der Selbst-

verwaltungskörper zu droffeln. Die Aussichten für die Zukunft sind düster und der Selbstverwaltung in der Tschechoslowakei stehen für die nächste Zeit die schwersten Kämpfe bevor.

## Die sozialdemokratische Gemeindepolitik in Schweden.

Von Richard Lindström, Stockholm.

Die schwedische Sozialdemokratie hat eine relativ starke Stellung in den kommunalen Verwaltungen erobert. Nicht eine einzige von den 112 schwedischen Städten ist ohne Sozialdemokraten in den Stadträten. In 31 Städten besitzt die Arbeiterpartei die Majorität. Von diesen haben 24 eine vollständig sozialdemokratische Majorität; in den übrigen 7 Städten haben sie zusammen mit den Kommunisten die Mehrheit. Die 6 größten Städte haben alle Arbeitermajorität, nämlich Stockholm, Göteborg, Malmö, Norrköping, Helsingborg und Gävle. In sämtlichen diesen Städten haben die Sozialdemokraten das Präsidium in den Gemeinderepräsentationen, welche durch das allgemeine Wahlrecht für Männer und Frauen, welche ihr 23. Altersjahr überschritten haben, gewählt werden.

Nimmt man die 25 größten Städte, findet man, daß 13 von diesen Arbeitermajorität haben, 10 bürgerliche Majorität, und daß in 2 Städten die Arbeiter- und die bürgerlichen Parteien gleich stark sind. Die Sozialdemokratie ist in 49 Städten die größte Partei. Relativ schwach steht die Partei dagegen in den kleineren Städten, welche in der Regel nicht besonders industrialisiert sind. Nehmen wir die 35 kleinsten Städte, so finden wir, daß die Arbeiterpartei nur in einer davon die Majorität hat. Teilen wir alle Städte des Landes in zwei Hälften, erhalten wir unter den 56 in die Gruppe von größeren Städten 24 mit Arbeitermajorität, dagegen haben unter den 56 kleineren Städten nur 7 eine Arbeitermehrheit. Die Sozialdemokratische Partei hat im ganzen Lande 1396 Mandate von sämtlichen 3454 Gemeinderäten (Städte-Bevollmächtigte) inne, das will sagen: mehr Plätze als irgendeine andere Partei. Die Kommunisten, welche in der Gemeindepolitik nichts anderes zu tun haben, als der Sozialdemokratie zu folgen, besitzen im ganzen Lande zusammen 118 Mandate.

Zuverlässige statistische Aufstellungen über die zirka 2000 Landgemeinden, von welchen viele sehr klein sind, besitzt man nicht, weil die Wahlen in diesen oft ganz andern Linien als den politischen folgen. Die Sozialdemokratische Partei hat indessen eine starke Stellung auch auf dem flachen Lande und besitzt in der Regel die Majorität in den größern industrialisierten Landgemeinden. Eine große Anzahl Arbeiter sind dann auch Gemeindevorsteher in den Gemeindeverwaltungen.

Wichtige Gemeindefunktionen, besonders im Zusammenhang mit dem Gesundheitswesen, liegen den provinziellen Repräsentationen, den